

Kontakt: Mohamed Abdulkadir, m.abdulkadir@gmx.ch, 077 470 99 49

Regierungsrat Egli und Grossratsmitglieder von SP, GLP, EVP und der Mitte ermutigen das erste kantonale Flüchtlingsparlament Aargau im Grossratssaal Aarau, an der Demokratie teilzunehmen, und nehmen einige ihrer konkreten Vorschläge auf.

80 Aargauer Geflüchtete aus 9 Nationalitäten verabschiedeten und präsentierten im Grossratssaal am 29. Oktober 2022 ihre Vorschläge für die Aargauer Asylpolitik. Regierungsrat Dieter Egli erklärte in seiner Begrüßungsrede, dass die Politik die Stimmen und Erfahrungen von allen – von Menschen mit und ohne Schweizer Pass – berücksichtigen sollte, um aktuelle Probleme anzupacken: „Sie legen einen Grundstein, auf dem dann hoffentlich in Zukunft andere aufbauen können. Sie machen anderen Mut, ihre Meinung zu sagen. Und Sie zeigen der Politik und der Gesellschaft, dass Sie nicht nur etwas fordern, dass Sie nicht nur mitreden können, sondern dass Sie gestalten wollen – und dass Sie bereit sind, etwas dafür zu tun.“ Zu Fragen über den Zugang zum Brückenangebot für junge Erwachsene bis 25 Jahre, zur ID und Beschäftigung für abgewiesene Geflüchtete sowie zur geplanten kantonalen Ombudsstelle, zeigte er Offenheit, wies aber auf Herausforderungen bei der Umsetzung hin.

Die Flüchtlingsparlaments-Mitglieder bereiteten sich in 6 Kommissionen und Arbeitsgruppen online auf die erste kantonale Flüchtlings-session Aargau vor und präsentierten kantonalen Grossratsmitgliedern aus der EVP, GLP, Mitte und SP ihre zuvor verabschiedeten Empfehlungen zu aktuellen Asylthemen wie Blockaden beim Zugang zu Bildungs-Stipendien, die Möglichkeit für alleinerziehende Geflüchtete eine Teilzeitlehre zu absolvieren sowie klare Information für Betriebe über die Anstellung von vorläufig Aufgenommenen Personen und ukrainischen Geflüchteten. Ein baldiger Austausch mit einer Vertretung der FDP-Fraktion wurde vereinbart. Das Flüchtlingsparlament bittet um Gehör von der Politik und, dass die politische Rhetorik über Geflüchtete respektvoll gestaltet wird – eine Afghanin erzählte, wie kürzlich die politische Forderung, Afghanen auszuschaffen Schlaflosigkeit und Panik verbreitete.

Nach der Begrüßung besprachen die Flüchtlingsparlamentarier:innen ihre Vorstösse miteinander und bereiten sich auf die Podiumsdiskussion mit Grossratsmitgliedern Rita Brem-Ingold (Die Mitte), Therese Dietiker (EVP), Ignatius Ounde (GLP) und Lea Schmidmeister (SP) sowie Pia Maria Brugger, Leiterin des Aargauer kantonalen Sozialdiensts (KSD), und Fabienne Notter, Geschäftsleiterin Caritas Aargau, vor. Diese kommentierten und versprachen diese in die politischen und öffentlichen Aargauer Debatten ein.

Ein Beispiel eines Anliegens: Im Gegensatz zu anderen Kantonen, verbietet der Aargau es den Abgewiesenen, die Kantonsgrenze ohne eine spezielle Bewilligung für einen wichtigen Termin zu übertreten. Somit konnte ein ausgebildeter Bauingenieur obwohl aufgenommen nicht in Luzern weiterstudieren. Mehrere Podiumsmitglieder haben diesen Aargauer Einschränkungen nicht nachvollziehen können und werden dem Thema weiter nachgehen.

Noch ein Beispiel: Geflüchtete berichten, dass die Betreuungsqualität je nach Gemeinde variiert. Der Kanton antwortet, er biete Standards für die kommunale Asylbetreuung und führt Dialog mit den 200 Gemeinden, um die Qualitätssicherung in der Betreuung zu fördern. Die kantonale Vertretung informierte, dass wenn die Qualität nicht gesichert ist, können Betroffene sich aufgrund von Problemen an den kantonalen Sozialdienst wenden. Eine Sozialarbeiterin erklärte, dass die Betreuung überlastet sei – wer reklamiert, dann habe bessere Chancen, fair behandelt zu werden. Der Kanton anerkennt das Problem, sei am Suchen nach einer wirksamen Lösung.

Grossrätin Brem-Ingold befürwortete bessere Information bei F-Ausweisen, sodass Arbeitgeber u.a. die Regeln verstehen würden. Pia Maria Brugger vom KSD zeigte Interesse an ein kantonales Merkblatt mit einfacher Information. Die Caritas-Vertretung erklärte zu grossem Applaus, dass vorläufig aufgenommenen Personen in der Regel lange in der Schweiz bleiben und, dass der Name „vorläufig“ irreführend sei.

Ukrainische Geflüchtete forderten, dass sie angesichts dem Kriegsverlauf länger als ein Jahr bleiben dürfen. Der Kanton erklärte, dass der Bund (SEM) dafür entschieden hat, wird es bald klarer kommunizieren.

Dass der Umfang mit Geflüchteten aus verschiedenen Ländern unterschiedlich sei, wirke unfair, deswegen sollten die Vorteile des S-Status für ukrainische auch für andere Geflüchtete gelten. So argumentierte ein afghanischer Geflüchteter: „Wir sind nicht gegen ukrainische oder andere Geflüchtete, wir möchten aber keine Diskriminierung.“

Partizipation wird begrüsst: Grossrätin Brem-Ingold fragte, ob in einer Unterkunft ein:e Fürsprecher:in gewählt werden kann. Das Podium zeigten grosses Interesse an einen weiterführenden Austausch, um kantonale Angebote zu optimieren. Frau Notter wünschte sich, dass nächstes Mal auch die FDP und die SVP am Dialog mitmachen. Frau Schmidmeister betonte, dass es Zeit brauchen würde, diese vielen Forderungen umzusetzen, und versprach weiteres Engagement.

Die Politik und die Öffentlichkeit im Kanton Aargau sollen durch die Session auf die Herausforderungen, mit denen Geflüchtete konfrontiert sind, aufmerksam gemacht werden - und auf mögliche Lösungen aus der Perspektive von Betroffenen. Diese Lösungsvorschläge wurden aufmerksam von Podiumsmitgliedern aufgenommen, welche fast tagtäglich Entscheidungen über Geflüchtete treffen.

Es gibt die Jugendsession und die Migrant:innen-Session - aber bis 2021 noch keine Flüchtlingsession. Im Parlament diskutieren Frauen über Frauenfragen und Bäuer:innen über ihre Probleme mit. Deshalb hat NCBI Schweiz bzw. das von NCBI lancierte Partizipationsprojekt "Unsere Stimmen" das Schweizer Flüchtlingsparlament (www.fluechtlingsparlament-schweiz.ch) mit Unterstützung anderer Organisationen ins Leben gerufen, damit auch Geflüchtete in der Politik zu Wort kommen. An der zweiten nationalen Flüchtlingsession am 8. Mai 2022 in Bern wurde dann entschieden, im Kanton Aargau ein erstes kantonales Flüchtlingsparlament zu lancieren. Denn viel zu oft wird *über* Geflüchtete gesprochen – nicht *mit* ihnen. Shishai Haile, Vorsitzender der Kommission „Begegnungen und Austausch mit Kanton Aargau“, meint: *„Das Flüchtlingsparlament ist wichtig. Es gibt unnötige Blockaden beim Zugang zur Bildung; Geflüchtete, insbesondere Abgewiesene, verlieren Jahre am Warten; Vorläufig Aufgenommene werden im Vergleich zu ukrainischen Geflüchteten diskriminiert. Wir sind alle Menschen, egal ob geflüchtet oder nicht. Viele Schweizer:innen kennen uns nicht. Ich setze mich dafür ein, dass wir im Dialog mit dem Kanton und den Gemeinden Probleme angehen, sodass wir besser miteinander leben können.“*

Das NCBI-Partizipationsprojekt „Unsere Stimmen“ lancierte in Kooperation mit dem Verein Netzwerk Asyl und dem Ishtar Zentrum für Beratung – mit Unterstützung von Amt für Migration und Integration sowie der Kulturgesellschaft Bezirk Aarau – im Herbst 2022 das kantonale Flüchtlingsparlament Aargau. Durch das kantonale Flüchtlingsparlament Aargau können geflüchtete Menschen aus dem Aargau ihre Bedürfnisse und Anliegen auf kommunaler und kantonaler Ebene formulieren und in den öffentlichen und politischen Prozess einbringen.

- Kommission 1: Bildung (Sprachkurse/Schule/Ausbildung/Studium)
- Kommission 2: Abgewiesene Asylsuchende
- Kommission 3: Begegnung und Austausch mit dem Kanton Aargau
- Kommission 4: F- und S-Status: Grundbedürfnisse und Lebensbedingungen
- Kommission 5: Ukrainische Geflüchtete
- Arbeitsgruppe 1: Öffentlichkeitsarbeit und Medienpräsenz von geflüchteten Menschen im Kanton Aarga

Kontakt:

- Ron Halbright, ron.halbright@ncbi.ch, 076 490 10 50, <https://www.ncbi.ch/de/unsere-stimmen/aargau/>, unserestimmen@ncbi.ch
- Mohamed Abdulkadir, m.abdulkadir@gmx.ch, 077 470 99 49, <http://www.netzwerk-asyl.ch/>